

# Wahlprüfsteine

LK der Studierendenschaften

Das junge MV.

FDP Mecklenburg-Vorpommern, Goethestraße 87, 19053 Schwerin

Landeskonferenz der Studierendenschaften MV  
Sprecher Christian Tokaji  
Domstr. 12  
17489 Greifswald

per Email: christian.tokaji@fh-stralsund.de

Schwerin, den 26. August 2016

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2016 in Mecklenburg-Vorpommern hier: Ihre Email vom 17. August 2016

Sehr geehrter Herr Tokaji,

vielen Dank für Ihre Email mit den Wahlprüfsteinen der Landeskonferenz der Studierendenschaften MV. Sehr gerne werden wir im Folgenden auf Ihre Fragen eingehen und unsere liberalen Positionen darstellen.

1.) Hochschulfinanzierung:

### **Wie bewerten sie die aktuelle Mittelvergabe an die Hochschulen und wonach sollten sich diese richten?**

Die aktuelle Mittelvergabe fußt auf der grundsätzlich fragwürdigen Annahme, dass eine faire Finanzierung allein durch das Land zu erreichen ist. Grundsätzlich gilt, dass die Mittel jenseits der infrastrukturellen und personellen Grundfinanzierung mittelfristig den Studierenden zu folgen hat. Angesichts der sehr hohen Beweglichkeit der Studierenden innerhalb der gesamten Republik ist eine bundeseinheitliche Finanzierung zielführend und die einzig gerechte gegenüber den Ländern und den Studierenden.

### **Wenn Ihre Partei Teil der Regierung werden sollte, wie weit geben sie den Hochschulen ihre inhaltliche Ausrichtung vor oder knüpfen die Hochschulfinanzierung an entsprechende Bedingungen?**

Alle Hochschulen müssen sich bei ihren Lehrinhalten an die Grundsätze des entsprechenden Faches/Berufsbildes halten. Dies erwarten wir von unseren Hochschulen. Besagte Grundsätze auszugestalten ist Aufgabe der Hochschullandschaft als Ganzes. Im Falle einer Regierungsbeteiligung würden wir nur moderierend eingreifen. In Studiengängen wie Lehramt oder Jura gestehen wir dem Staat eine größere Beteiligung ein, da beides Berufsbilder sind, deren Ausübung sehr eng mit den staatlichen Aufgaben verknüpft ist.

Hinsichtlich der Grundfinanzierung der Hochschulen werden wir seitens der Regierung grundsätzliche Anforderungen an die Hochschule stellen, wie z.B. die Bereitstellung ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge im Falle der Universität Rostock.

Keinesfalls werden wir unmittelbar in die Inhalte der Lehre eingreifen. Die fachliche Kompetenz der Hochschulen ist für uns unangreifbar.

Freie  
Demokraten

Mecklenburg-  
Vorpommern FDP

☒ Durch welche Mittel soll eine ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen gewährleistet werden? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang den Anteil von Mitteln Dritter an der Finanzierung der Hochschulen?

**Wie wird die Finanzierung der Hochschulen nach dem Auslaufen der Hochschulpaktmittel 2020 gesichert?**

Hoffentlich mit der gänzlichen Abschaffung des Kooperationsverbotes und einer bundesweiten Finanzierung. Dafür setzen wir uns ein.

☒ Wie bewerten Sie die Nutzung der Wohnsitzprämie für grundlegende universitäre Aufgaben, wie bspw. Stellenfinanzierung?

**Wie bewerten Sie die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder und wie schätzen Sie die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen des Landes diesbezüglich ein?**

Grundsätzlich befürworten für die Exzellenzinitiative. Die Konzentration auf dauerhafte Standorte hebt jedoch das Prinzip der Gleichheit aus.

Unsere Hochschulen sind in Teilbereichen konkurrenzfähig. Grundsätzlich fehlt es aufgrund der undurchdachten Finanzierung aber an Konkurrenzfähigkeit im Allgemeinen.

2.) Soziales und gesellschaftliche Verantwortung:

☒ Welche Stärken und Schwächen sehen Sie in der Novelle des Studierendenwerkgesetzes?

**Wie bewerten Sie die Höhe der Landeszuschüsse an die Studierendenwerke?**

Probleme bei der Höhe der Zuschüsse sind uns nicht bekannt. Falls diese angemeldet werden, ist zu klären, ob diese sachgemäß sind.

**Halten Sie es für gerechtfertigt, dass die Landeszuschüsse nur für die Kernbereiche (Essensversorgung und Wohnen) bereitgestellt werden oder sollte auch vermehrt in soziale Aspekte investiert werden?**

Ja, das halten wir für angemessen. Andere soziale Aspekte sind Teil der Sozialpolitik jenseits der Hochschulpolitik.

**Wie gedenken Sie der angespannten Wohnraumsituation in Hochschulstandorten entgegenzutreten?**

Die teils angespannte Wohnraumsituation ist Folge einer erneuten Urbanisierung. Dem kann nachhaltig nur mit dem Bau neuer Wohnung begegnet werden. Die Gewährung neuen Baulandes sowie die Beseitigung der vorhandenen Investitionshemmnisse sind dabei unsere primären Anliegen.

**Wie wollen Sie das Mutterschutzgesetz im LHG verankern?**

Auf dieselbe Art, wie es auch im Bereich der dualen Berufsausbildung verankert ist.

**Was würden Sie tun um den Hochschulzugang für Geflüchtete zu erleichtern und wie soll dieses finanziert werden?**

Wir befürworten ein Einwanderungsgesetz, das über allgemeingültige Kriterien über Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sowie den Zugang zu den Hochschulen entscheidet. Für Flüchtlinge, deren Aufenthalt unbefristet ist, sehen wir dies als die beste Lösung an. Bei Flüchtlingen mit dauerhaft befristeter Aufenthaltserlaubnis sehen wir einen Hochschulzugang nur als sachgemäß an, wenn er die Fortsetzung einer im Herkunftsland begonnen Ausbildung darstellt. In beiden Fällen sind die Studierenden wie alle anderen zu behandeln und ihnen gleichgestellt. Dies betrifft auch die Quellen der Finanzierung.

Angesichts der Sozial- und Bildungsstruktur der Flüchtlinge der vergangenen Monate erwarten wir keine signifikante Steigerung der Studierendenzahlen.

**Seit Jahren streiten sich Hochschulverwaltungen und Studierendenschaften darum, wie viele Informationen die Studierenden angeben müssen, wenn sie während Prüfungen krank sind. Wie viele Informationen sollten die Studierendenschaften Ihrer Meinung nach preisgeben müssen?**

Die Krankschreibung durch einen Arzt genügt in den meisten Fällen. Bei Abschlussprüfungen gestehen wir den Hochschulen zu, ein amtsärztliches Attest zu verlangen, sofern sie dies wünschen. Dies zu regeln obliegt den Hochschulen.

3.) Studienfinanzierung/ Arbeit:

**Würden Sie die Förderung nach einem eltern- und altersunabhängigen BAföG unterstützen bzw. weiter vorantreiben?**

Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich. Wir haben auf einem unserer vergangenen Bundesparteitage ein umfangreiches Konzept dazu beschlossen.

**Wie würden sie eine Flexibilisierung des BAföG Anspruches, bezogen auf die vor dem Studium absolvierte Ausbildung realisieren? Würden Sie in diesem Zusammenhang auch den BAföG Satz erhöhen?**

Im Erststudium steht auch jemandem mit einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung BAföG zu. Ein höherer Satz leitet sich für uns daraus nicht ab. Eine Anpassung des Freibetrages für bereits Berufstätige ist hingegen denkbar.

**Wie stehen Sie zum „Deutschlandstipendium“? Welche Rolle sollte das Deutschlandstipendium einnehmen?**

Wir sehen das Deutschlandstipendium als eine Ergänzung zu den anderen existierenden Programmen.

**Sind Sie für die Aufnahme von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften in den Beschäftigtenbegriff des Personalvertretungsgesetzes?**

Wir möchten den Aufwand zur Beschäftigung von Studierenden möglichst gering halten und befürworten die bisherige Regelung. Uns sind im Zuge des neuen Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zahlreiche Beschwerden über die Nachteile für Studierende entgegengebracht worden. Für wissenschaftliche Hilfskräfte ohne Studierendenstatus ist eine derartige Maßnahme zu begrüßen.

4.) Akademische Selbstverwaltung:

**Wie stehen Sie zu einer Reform der, im LHG angeführten, Trennung zwischen hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Mandaten?**

Wir befürworten eine solche Trennung ausdrücklich.

**Wie bewerten Sie den Konflikt zwischen akademischer Selbstverwaltung und Akkreditierung?**

Die Akkreditierung sollte durch die Gesamtheit der Hochschulen erfolgen, ohne Einfluss der Politik. Eine derartige Kontrolle durch andere Hochschulen dient der Qualitätssicherung und der Vergleichbarkeit.

**Sollten die akademischen Gremien Ihrer Meinung nach paritätisch besetzt sein?**

Nein.

**Sollte es an allen Hochschulen des Landes studentische Prorektor\*innen geben?**

Wir möchten den Hochschulen freistellen, dies mit ihren Studierenden zu klären. Eine landesweit verpflichtende Vorgabe lehnen wir ab.

**Wie stehen Sie zu der Forderung, dass die Verfassten Studierendenschaften bundesweit festgelegt werden?**

Diese Forderung lehnen wir ab.

**Wie soll sich die Rolle der Universitäten von jener der Fachhochschulen im Land unterscheiden? Wenn Sie insbesondere mit der Unterscheidung zwischen Theorie und Praxis zu antworten versucht sind: Was heißt das in der hochschulpolitischen Umsetzung?**

Universitäten sind die höchsten Bildungseinrichtungen unseres Landes. Ihre Aufgaben sehen wir in der Vermittlung wissenschaftlicher Fähigkeiten. Dazu gehört das alleinige Recht auf Verleihung der Doktorwürde. Fachhochschulen muss in Zukunft eine tragende Rolle bei der Bewältigung der Akademisierung zukommen. Ihr Lehrauftrag sollte wissenschaftliche Methodenkompetenz nicht in den Mittelpunkt stellen. Wir würden uns bei den Fachhochschulen ein deutlich stärkeres Engagement der Wirtschaft wünschen, um das Prinzip des dualen Studiums zu stärken.

**Oft wird die Verschulung des Studiums beklagt. Kultusminister- und Hochschulrektorenkonferenz haben weitreichende Flexibilisierungen vorgeschlagen. In wie fern wollen Sie diese Vorschläge umsetzen?**

Wir nehmen die Vorschläge der Rektoren sehr gerne auf. Viele Hochschulen arbeiten bereits an einer Reduzierung der Verschulung.

5.) Lehrer\*innenbildung:

**Die Lehrerbedarfsprognose hat festgestellt, dass bis 2030 bis zu 70% der Lehrer\*innen in Mecklenburg-Vorpommern in Rente gehen werden. Minister Brodkorb möchte den Bedarf von Lehrkräften über den Zuzug von Lehrer\*innen aus anderen Bundesländern sowie Aushilfslehrer\*innen lösen. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben?**

Der Lehrerbedarf in den nächsten 10 Jahren und darüber hinaus ist zunächst differenziert zu bewerten. Es gibt gravierende Unterschiede zwischen den Schularten und zwischen den Fächern. Diese Differenziertheit wird in den Bemühungen des Bildungsministeriums zu wenig abgebildet. Auf die Riesenlücken im Lehramt Regionale Schulen und im Bereich der MINT-Fächer wurde bisher zu wenig reagiert.

Es ist aber in jedem Falle klar, dass es ohne Einstellung von Lehrern aus anderen Bundesländern nicht gehen wird. Das sollte beim vorhandenen Lehrerüberhang in einigen Bundesländern aber durchaus auch möglich sein, zumindest in einigen Bereichen. Die Möglichkeit der Verbeamtung und die finanzielle Besserstellung von Grund- und Regionalschullehrern im Vergleich zu anderen Bundesländern können dabei wirksame Maßnahmen sein. Der Austausch von Lehramtsstudierenden, Referendaren und ausgebildeten Lehrern zwischen den Bundesländern sollte als normaler Prozess betrachtet werden, der hilft die Personalsituation an den Schulen bundesweit zu verbessern und auch jungen Lehrer größere Chancen für eine sichere Berufsperspektive bietet.

Völlig ungenügend sind die Bemühungen bisher im Bereich der MINT-Fächer und dort werden die oben genannten Maßnahmen auch nicht greifen, weil es hier überall in der Bundesrepublik große Bedarfe gibt. Hierzu muss ein qualitätsgerechtes Seiteneinsteigerprogramm aufgelegt werden, das helfen könnte, die Mangelsituation zu verbessern. Bisher gibt es auch keine Umqualifizierungsmaßnahmen für Lehrer mit Fächern, für die vorläufig kein Bedarf besteht.

Der Einsatz von Lehramtsstudierenden als Vertretungslehrer stellt eine Maßnahme dar, die zwar punktuell und befristet vorhandenen Bedarfe decken kann, aber in keinem Falle eine Lösung des Gesamtproblems ist. Wenigstens muss garantiert werden, dass solche Vertretungslehrer durch Mentoren begleitet werden, die damit einen sinnvollen Einstieg ins Berufsleben vorbereiten helfen.

Die Bezahlung der Lehrer in MV in den verschiedenen Schulformen ist aktuell kein grundsätzliches Problem mehr, weil Grund-, Regional-, Förderschul-, Berufs- und Gymnasiallehrer in den vergangenen Monaten vergleichbar eingestuft worden sind. Anhängige Probleme aus früheren Einstufungen oder die Seiteneinsteigerbezahlung sind nur individuell lösbar. Sofort beendet werden muss die Praxis der befristeten Einstellungen vom 1. Schultag bis zum letzten Schultag eines Schuljahres, die sinnvolle pädagogische Arbeit und zielgerichtete Qualifizierung von Lehrkräften außerordentlich erschwert.

Die Lehrerausbildung an den Universitäten des Landes zählt derzeit zu den schlechtesten bundesweit. Die Universitäten nutzen Lehramtsstudierende derzeit vor allem zur Auffüllung ihrer Studierendenzahlen, ohne ihnen eine qualitätsgerechte Ausbildung zukommen zu lassen, die sich weit mehr als bisher an den Erfordernissen der Schulpraxis orientieren müsste. So ist die Ausbildung in den Fachdidaktiken und in der Pädagogik (einschließlich Inklusion) völlig unzureichend, während sie in den Fachwissenschaften oft überzogen ist. Hier sehen wir in der Tat deutlichen Steuerungsbedarf für die Landesregierung über entsprechende Zielvereinbarungen, weil die Universitäten von sich aus keinen Grund haben, die Lehrerausbildungsaufgaben des Landes angemessen umzusetzen. (Daraus werden sich dann auch geringere Abbrecherquoten bei den Lehramtsstudierenden ergeben und eine verbesserte Orientierung an gültigen Bildungsstandards bzw. Rahmenlehrplänen. Es wird eine verbesserte Praxisvorbereitung von Lehramtsstudierenden insgesamt ermöglicht.) Das Lehrerbildungszentrum muss hierbei koordinierende Aufgabe haben.

Wir freuen uns darauf, diese und weitere Fragen in einem persönlichen Gespräch zu diskutieren. Gerne werden wir dann Ihre Anregungen in unserer politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen



Cécile Bonnet-Weidhofer  
Spitzenkandidatin



René Domke  
Landesvorsitzender